

Medienkonferenz des SGB vom 3. Mai 2016

Das bewährte Konzept der Querfinanzierung im Service public erhalten

Katharina Prelicz-Huber, Präsidentin VPOD-SSP

Ach, wie schön und nötig wäre es, wir hätten tatsächlich eine Initiative auf dem Tisch, die gemäss dem toll klingenden Namen „Pro Service public“ den Service public stärken will. Noch so gern hätten wir Angestellten des Service public diese Initiative mitgetragen. Kämpfen wir doch seit Jahren gegen bürgerliche Abbaupakete und Privatisierungen bei Bund, Kantonen und Gemeinden, die den Service public ausdünnen und schwächen wollen. Und es geht weiter so – auch mit diesen 2 Initiativen.

Es ist nicht zuletzt der gute Service public, der das Leben in der Schweiz angenehm macht: Eine gute Schulbildung, Sozialversicherungen und eine optimale Gesundheitsversorgung für alle, saubere Strassen und Parkanlagen, stets Strom, Trinkwasser direkt ab Wasserhahn, funktionierende Abfallentsorgung, Trams, Züge, die Post und Kommunikation nicht nur in den Städten sondern bis in die Randregionen. Eine ausgewogene Querfinanzierung macht möglich, dass auch nicht rentable, aber gesellschaftlich gewünschte Zweige des Service public möglich werden.

Die 2 Initiativen wollen den Service public finanziell und an Leistungen massiv schwächen und das bewährte Prinzip der Querfinanzierung verunmöglichen.

Die Milchkuh-Initiative will verbieten, dass die Hälfte der Mineralölsteuer dem allgemeinen Bundeshaushalt zugeführt wird. Auf einen Schlag würden Einnahmen von 1500 Millionen fehlen, mit denen im bewährten System der Querfinanzierung andere, vom Volk bestimmte Leistungen des Service public finanziert werden. Ein gigantisches Abbaupaket in Bildung, Gesundheit, Sozialbereich usw. mit spürbaren Einnahmeverlusten bis auf Kantons- und Gemeindeebene wäre die Folge. Allein im öffentlichen Verkehr müssten für 250 Millionen Zugs- und Busverbindungen abgebaut werden. Das darf nicht passieren! Stimmen wir Nein!

Mit der gefährlichen und verfänglichen Service public-Initiative würden wir ein riesen Eingegossenes schiessen und den heutigen Service public zerschlagen. Klar sind die hohen Managerlöhnen in ausgelagerten Bundesbetrieben nicht zu rechtfertigen. Bloss darf es nicht sein, dass Bundesbetriebe keine Gewinne mehr machen können und so Querfinanzierungen verunmöglichen, denn sie fliessen nicht in private Geldbeutel, sondern werden reinvestiert in den öffentlichen Dienst. Sie ermöglichen Innovation und Entwicklung.

Das Herz unseres breiten Service public würde herausgeschnitten! Hoffentlich machen die Betriebe Gewinne und subventionieren damit eigene oder fremde Verwaltungsbereiche. So werden die nötigen Investitionen getätigt und können auch nicht-selbsttragende Angebote wie Kitas, Pflege, Bildung usw. oder noch nicht zur Grundversorgung gehörende wie Nachtbusse oder die Fernwärme angeboten werden. Ansonsten müsste alles via höhere Steuern oder Gebühren durch die Bevölkerung bezahlt werden oder würde ersatzlos gestrichen. Nur dank Überschüssen und Gewinnen können die Unternehmen an anderen Orten Verluste auffangen. Nur dank finanziell starken Unternehmen kann die öffentliche Hand die Grundversorgung bis in die Randregionen garantieren.

Den Initianten geht es vordergründig um SBB, Post und Swisscom. Schon bei diesen drei Betrieben wären wir mit katastrophalen Auswirkungen für den Service public konfrontiert: Bei wörtlicher Umsetzung der Initiative wäre nicht einmal mehr eine betriebsinterne Querfinanzierung bspw. bei der SBB möglich. Der lukrative Personenfernverkehr dürfte künftig keinen Gewinn mehr machen, um defizitäre Regionallinien quer zu subventionieren. Sicher aber dürften Post und Swisscom keinen Gewinn mehr an den Bund abliefern. Dem Bund würden jährlich 600 Millionen fehlen. Das hätte wieder Kürzungen in anderen Bereichen des Service public wie Bildung oder Soziales zur Folge und würde auf dem Buckel des Personals ausgetragen. Wir vom VPOD wissen zudem, dass Grundsätze des Bundes in der Regel gleich auch von den Kantonen und Gemeinden übernommen werden. Also könnten Gewinne bspw. der meist äusserst profitablen kommunalen oder kantonalen Energie- und Entsorgungsunternehmen nicht mehr in die Kasse von Gemeinden und Kantonen zurückfliessen. Insbesondere der Service public in seiner heutigen Breite und in Randregionen wäre gefährdet.

Entfällt die Möglichkeit der Gewinnerwirtschaftung und der Querfinanzierung, würden die Betriebe mit Sicherheit aufgesplittet: Die lukrativen Zweige würden privatisiert und damit der Gewinnmaximierung zugeführt, weil dann die Gewinne wirklich in Privattaschen abfliessen würden. Die defizitären Bereiche in der Grundversorgung würden beim Staat bleiben, der sie dann ohne Gewinnmöglichkeit nur noch aus Steuern oder Gebühren der Gesamtbevölkerung bezahlen muss oder einfach abschafft. Ob dann in der aktuellen politischen Situation, bei der von den Bürgerlichen ein Sparpaket nach dem andern auf dem Tisch liegt, eine heute schon defizitäre Zugs- oder Buslinie, die ohne Querfinanzierung noch teurer wird, weiterhin angeboten wird, ist unwahrscheinlich.

Die Querfinanzierungen, resultierend aus einem temporären Überschuss eines lukrativen Zweigs, sind ein wesentliches Element innerhalb des Service public und unverzichtbar für die Qualität und das Funktionieren der öffentlichen Grundversorgung. Halten wir an diesem positiven „Sonderfall Schweiz“ fest und stimmen deutlich Nein.